



27.05.2020/JR

GR 02/2020

Niederschrift

der SITZUNG des GEMEINDERATES am Donnerstag, 14.05.2020,
um 20.00 Uhr in der Aula der Volksschule Radfeld

Anwesend:

Bgm. Mag. Josef Auer, Vize-Bgm. Friedrich Fischler, GV Christian Laiminger, GV Friedrich Huber, GVin Birgit Widmann, GRin Maria Mayr, GR Andreas Klingler, GRin Karin Stock, GR Hans Peter Ostermann, GRin Claudia Weinberger, GR Gottfried Seiwald, GR Hermann Wiener, GR Thomas Laimgruber, EGRin Judith Hillebrand, EGR Johann Agerer

Nicht anwesend und entschuldigt:

GR Anton Wiener, GRin Renate Maurer

Schriftführerin: Mag. (FH) Jutta Reindl

Tagesordnung:

1. Bericht des Bürgermeisters
2. Vereinbarung zw. der Gemeinde Radfeld und der ÖBB Infrastruktur betr.
Schlussvermessung/Grundtausch
3. Grundsatzbeschluss: Änderung Flächenwidmungsplan Teilbereich Gst. 2093/2 von Freiland in
Landwirtsch. Mischgebiet
4. Grundsatzbeschluss: Änderung des Flächenwidmungsplanes Gst. 2083/2 von Sonderfläche Hofstelle
in landwirtschaftliches Mischgebiet
5. Grundsatzbeschluss: Änderung des Flächenwidmungsplanes Gst. .320 und Teilbereich Gst. 1931 von
Freiland in Sonderfläche Hofstelle
6. Grundsatzbeschluss: Erlassung eines Bebauungsplanes mit besonderer Bauweise Gst. 2248/1 und
Gst. .523
7. Erlassung eines Bebauungsplanes Gst. 2147/3
8. Beratung Neubau Recyclinghof
9. Diverse Subventionsansuchen
10. Mietzins- und Annuitätenbeihilfeansuchen
11. Anträge, Anfragen, Allfälliges

Die Sitzung war öffentlich.

Verlauf der Sitzung:

1. Bericht des Bürgermeisters

- Der Bürgermeister berichtet, dass der Einspruch an das Landesverwaltungsgericht in Sachen Wasserverband Hochwasserschutz Unteres Unterinntal termingerecht eingebracht werden wird. Der Einspruch wird von RA Mag. Kapferer in Zusammenarbeit mit dem Bürgermeister verfasst und außerdem wird eine Fachkundige Stellungnahme der i.n.n. Ingenieurgesellschaft für Naturraummanagement GmbH + CoKG angeschlossen.
- Bis es keine neuen Vorschriften im Zusammenhang mit der Corona Pandemie gibt, wird der Parteienverkehr wie folgt ablaufen: Die Verwaltung ist seit 11.05.2020 wieder zu den gewohnten Öffnungszeiten besetzt. Für Anliegen, die unaufschiebbar oder nur persönlich zu klären sind, muss vorab telefonisch oder per e-mail ein Termin mit dem zuständigen Sachbearbeiter vereinbart werden. Der Zutritt zum Amtsgebäude ist nur mit Schutzmaske und einzeln möglich, wobei die geltende Abstandsregelung von mind. einem Meter zu anderen Personen unbedingt einzuhalten ist. Auf jeder Etage steht ein Desinfektionsgerät.
- Die finanziellen Auswirkungen der Corona Krise auf die Budgetentwicklung der Gemeinde können noch nicht genau abgeschätzt werden. Es steht aber fest, dass es deutliche Mindereinnahmen (Ertragsanteile, Kommunalsteuer) geben wird. Die Arbeiten „Asphaltierung eines Wirtschaftswegabschnittes“, „Verlegung der Wasserleitung des Oberflächenkanals und des Schmutzwasserkanals bei der Firma REKU“ sowie die „Umfangreichen Arbeiten im Bereich der Innstraße ab Schönberger bis Duftner“ werden aber auf alle Fälle durchgeführt.

2. Vereinbarung zw. der Gemeinde Radfeld und der ÖBB Infrastruktur AG betr.

Schlussvermessung/Grundtausch

Der Bürgermeister begrüßt Herrn DI Harald Schreyer von der ÖBB Infrastruktur AG. Herr Schreyer erläutert im Folgenden die zu unterzeichnende Vereinbarung, die gegenseitige Grundabtretungen zwischen der ÖBB Infrastruktur AG und der Gemeinde Radfeld gemäß den Teilungsplänen der Trigonos ZT GmbH, GZ: G0190/214 GT vom 23.05.2019, vorsieht. Die gesamte Thematik wurde in einer Reihe von Besprechungen unter Einbindung aller Gemeinderatsfraktionen (Beginn der Gespräche bereits im Jahr 2015) behandelt und alle Details in einem gemeinsam unterfertigten Protokoll festgehalten.

Auf die Kritik von Bgm. Auer, dass der Sickerschacht beim Erdbeerland nicht funktioniert, erläutert Hr. Schreyer, dass die ÖBB damals auf Drängen des Bürgermeisters zugesagt hatte, einen Sickerschacht zu errichten. Diese Arbeiten wurden zwar gemacht, aber leider funktioniert der Schacht nicht. Hr. Schreyer bedauert dies, weist aber darauf hin, dass dies verschiedenste Ursachen haben kann. Weiters erklärt er, dass er nach so langer Zeit keine Möglichkeit mehr hat, eine Sanierung dieses Sickerschachtes zu veranlassen, da das Projekt bereits abgeschlossen ist. Er appelliert an den Gemeinderat, jetzt der Unterzeichnung der Vereinbarung ohne Bedingungen zuzustimmen. Gleichzeitig sagt er zu, dass er sich innerhalb der ÖBB dafür einsetzen wird, dass die Belange der Gemeinde Radfeld bestmöglich berücksichtigt werden.

Der Gemeinderat stimmt der Unterzeichnung der entsprechenden Vereinbarung unter der Bedingung der von Herrn Schreyer allgemein gegebenen Zusage einstimmig zu.

3. Grundsatzbeschluss: Änderung Flächenwidmungsplan Teilbereich Gst. 2093/2 von Freiland in Landwirtschaftliches Mischgebiet

Es liegt ein Ansuchen um Änderung der Flächenwidmung für Teilbereiche der Gp. 2093/2 von derzeit Freiland in Landwirtschaftliches Mischgebiet vor.

Das bestehende landwirtschaftliche Gebäude wird von 3 Familien bewohnt (Antragsteller, dessen Eltern und Schwester). Wegen Familienzuwachses sind die Räumlichkeiten des Antragstellers zu klein. Durch einen notwendigen Zu- und Ausbau würde die im Freiland mögliche Wohnnutzfläche von

300 m² des Gesamtgebäudes überschritten. Eine Umwidmung in Landwirtschaftliches Mischgebiet würde den geplanten Ausbau ermöglichen. Der Bürgermeister hat dieses Ansuchen mit DI Kotai bereits besprochen und erläutert die von DI Kotai vorgeschlagene Widmungsgrenze.

Der Gemeinderat befürwortet grundsätzlich einstimmig die geplante Umwidmung und die Beauftragung des Raumplaners Kotai mit der Ausarbeitung der dafür nötigen Unterlagen.

4. Grundsatzbeschluss: Änderung des Flächenwidmungsplanes Gst. 2083/2 von Sonderfläche Hofstelle in landwirtschaftliches Mischgebiet

Es liegt ein Ansuchen um Änderung der Flächenwidmung der Gp. 2083/2 von derzeit Sonderfläche Hofstelle in Landwirtschaftliches Mischgebiet lt. Stellungnahme Arch. DI Christian Kotai und Protokoll des Ausschusses für Bau und Raumordnung, Verkehr-Umwelt-Kanal-Wasser (BAU-RO-VUKW) vom 09.03.2020 vor.

Der Bürgermeister hat die Thematik inzwischen noch einmal mit DI Kotai besprochen. Dieser schlägt vor, dass vor der definitiven Umwidmung auch noch mit dem Denkmalamt Kontakt aufgenommen werden soll, weil der direkt daneben befindliche „Krämer-Stadel“ unter Denkmalschutz steht.

Der Gemeinderat spricht sich prinzipiell einstimmig für eine Umwidmung aus, unter der Bedingung einer Grundabtretung, sodass auf beiden Seiten des Grundstückes eine Wegbreite von 6 m gegeben ist, und dass die Zustimmung des Denkmalamtes für eine entsprechende Bebauung vorliegt.

5. Grundsatzbeschluss: Änderung des Flächenwidmungsplanes Gst. .320 und Teilbereich Gst. 1931 von Freiland in Sonderfläche Hofstelle

Es liegt ein Ansuchen um Änderung der Flächenwidmung für die Gp. .320 und Teilbereiche der Gp. 1931 von derzeit Freiland in Sonderfläche Hofstelle vor.

Geplant ist der Abbruch des bestehenden Stalles und die Neuerrichtung eines Wohnhauses, eines Rinderlaufstalles und einer Bergehalle für Stroh und Heu. Es gibt dazu eine positive Vorab-Stellungnahme der Abt. Agrarwirtschaft/Land Tirol, Ing. Alfred Kößler, vom 31.03.2020, GZ: AGW-TROG/4000-2020.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass die Erschließung mit Trinkwasser möglich ist. Da die Liegenschaft außerhalb des Kanalanschlussbereiches der Gemeinde Radfeld liegt, wird aber von der Gemeinde kein Kanalanschluss errichtet.

Laut Besprechung mit DI Kotai kann die Größe der Widmungsfläche noch nicht genau beziffert werden. Der Widmungswerber hat dazu einen Planungsentwurf für die künftigen Gebäude (Laufstall, Bergehalle, Wohnhaus) vorzulegen. Daraus ergibt sich sodann mit entsprechend notwendigen Manipulationsflächen der Grundbedarf für die Umwidmung. In weiterer Folge ist ein Grundteilungsvertrag zu erstellen.

Der Gemeinderat spricht sich einstimmig dafür aus, Arch. DI Kotai nach Vorliegen der entsprechenden Unterlagen mit der Ausarbeitung der Planung für die Umwidmung zu beauftragen.

6. Grundsatzbeschluss: Erlassung eines Bebauungsplanes mit besonderer Bauweise Gst. 2248/1 und Gst. .523

Der Bürgermeister gibt einen Überblick über die in dieser Angelegenheit bereits erfolgten Besprechungen und die vorliegenden Fakten.

Laut Auskunft des Bauamtes sind sich die betroffenen Nachbarn darüber einig, dass sie gegenseitig eine Bebauung zur Grundstücksgrenze unter den vorgeschriebenen Mindestabständen zulassen wollen.

Der Gemeinderat spricht sich mit 14 Stimmen und einer Enthaltung (wg. Befangenheit) dafür aus, DI Kotai mit der Ausarbeitung eines Bebauungsplanes mit besonderer Bauweise zu beauftragen.

Dieser Bebauungsplan muss die Forderungen des Ausschusses BAU-RO-VUKW berücksichtigen.

7. Erlassung eines Bebauungsplanes Gst. 2147/3

Der Bürgermeister gibt einen Überblick über die in dieser Angelegenheit bereits erfolgten Besprechungen und die vorliegenden Fakten.

GR Ostermann wirft ein, dass die derzeit geplante Zufahrt für LKW/Feuerwehr etc. zu eng ist und so das Wenden nicht möglich ist. Diese Bedenken hegen auch die GR Huber und Laimgruber. GR Huber empfiehlt, vor Beschlussfassung einen Verkehrsplaner zu befragen, um von vornherein Probleme auszuschließen.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, dass ein Verkehrsplaner eingeschaltet werden muss, um sicher zu stellen, dass Einsatz- und Versorgungsfahrzeuge (LKW) problemlos zu- und abfahren können. Falls notwendig, muss der Bebauungsplan nachgebessert werden.

8. Beratung Neubau Recyclinghof

Die Firma Neuhauser und Laimgruber hat im Auftrag des Bürgermeisters einen Planentwurf für die Errichtung eines neuen Recyclinghofes auf dem Standort „Bauhof Neu“ erarbeitet. Im Planungsentwurf enthalten sind auch Baulichkeiten für den Bauhof (Garage, Waschbox, Einstellung von Wintergeräten). Die geschätzten Kosten für den Recyclinghof belaufen sich auf ca. € 750.000,00 für die Bauhofbaulichkeiten auf ca. € 425.000,00 (jeweils netto).

Der Bürgermeister schlägt vor, dass diese Thematik noch im Ausschusses BAU-RO-VUKW beraten werden soll. Eventuell sollte man sich auch noch die eine oder andere Anlage anschauen. Der Bürgermeister stellt die Frage, ob der angedachte Standort dem Gemeinderat sinnvoll erscheint.

Der Gemeinderat ist einhellig der Meinung, dass das Projekt am beschriebenen Standort weiterverfolgt werden soll.

9. Diverse Subventionsansuchen

- a) Ansuchen Elternverein Charlie PORG Volders für Ankauf von Lesematerial, Mikroskopen, Exkursionen (Unterstützung von sozial schwachen Familien) etc. **Der Gemeinderat lehnt das Subventionsansuchen einstimmig ab.**
- b) Ansuchen Parkinson Selbsthilfegruppe für Teilnehmer aus dem Bezirk Kufstein um jährliche Subvention in Höhe von € 155,00. **Der Gemeinderat beschließt dies einstimmig für 2020.**
- c) Ansuchen Elternverein HLW FW Schule für wirtschaftliche Berufe Kufstein für Ankauf von Literatur, Unterstützung von Ausflügen, Projekten, Seminaren für die Schüler um Unterstützung in Höhe von € 200,00. **Der Gemeinderat beschließt mit 14 zu 1 Stimme eine Subvention von € 100,00.**

10. Mietzins- und Annuitätenbeihilfeansuchen

Es werden zwei Mietzinsbeihilfeansuchen unter Ausschluss der Öffentlichkeit behandelt und vom Gemeinderat einstimmig beschlossen.

11. Anträge, Anfragen, Allfälliges

- a) An die Gemeinderatsmitglieder wird eine umfangreiche Fallstudie von Arch. Klaus Adamer für verteilt. Der Bürgermeister erläutert die Entwicklung der Kinderzahlen (Kindergarten, Volksschule, Anzahlen nach Schulpflichtstichtag) verteilt. Der Bürgermeister ersucht die Gemeinderäte, sich die

Unterlagen genau anzusehen und schlägt vor, diese wichtige Angelegenheit in einer eigenen Besprechung (Gemeinderat mit Ersatzleuten und Arch. Klaus Adamer) zu behandeln.

- a.) Bezüglich des Grundstückes des Abwasserverbandes (AWV), auf dem eventuell die Container für die Landjugend aufgestellt werden sollen, kann man noch nichts Definitives sagen. Der Bürgermeister ist schon länger in Kontakt mit der Firma Moser und mit dem Obmann des AWV. Die Firma Moser hat erst heute den Pachtvertrag schriftlich gekündigt. Der GR beauftragt den Bürgermeister das Projekt weiter zu verfolgen.
- b.) Der Bürgermeister erinnert die Gemeinderatsmitglieder an ein Schreiben von Ludwig Hechenblaikner sen. und DI (FH) Ludwig Hechenblaikner jun. bezgl. der Alpbachtal Seenland Card. Der Bürgermeister fragt, was der Gemeinderat vorschlägt. Der Gemeinderat entscheidet, dass ein Schreiben an den TVB gerichtet werden soll, das aussagt, dass die Gemeinde Radfeld die Vorschläge prinzipiell unterstützt, da es auch früher schon im Gemeinderat diesbezüglich ähnliche Diskussionen gegeben hat (z.B. im Zusammenhang mit dem Lift in Kramsach).
- c.) Der Bürgermeister stellt das Schreiben von Hans und Andrea Lininger zur Hochwasserthematik zur Diskussion. Er bittet den Gemeinderat um seine Meinung dazu. Der Gemeinderat ist einhellig der Meinung, dass die Gemeinde Radfeld bei dem zuletzt vorgeschlagen „Retentionsgebiet ab (östlich) vom Maukenbach“ bleiben soll.
- d.) Der Bürgermeister berichtet über Besprechungen mit dem Geschäftsführer des Abwasserverbandes und mit der Firma Pollhammer Stöckl, dies immer in Absprache mit Bauhofleiter Peter Ostermann. Nachdem im letzten Jahr die Grundwasserbelastung im Bereich Kremerfeld – Ortsried – Pfarrfeld so hoch war, dass man in einigen Gebäuden sogar die WCs nicht mehr benutzen konnte (auch die Pumpanlagen des AWV waren völlig ausgelastet), ist Folgendes geplant: Die Firma Pollhammer - Stöckl wird eine genaue Erhebung (Digitaler Kanalkataster) der Gemeindekanäle (und auch der Verbandskanäle, das wird vom AWV bezahlt) durchführen. Das Ziel ist, vor allem die Kanäle in dem betroffenen Gebiet zu sanieren und dadurch den Grundwassereintritt stark zu reduzieren. Dazu ergeht demnächst ein Angebot von der Firma Pollhammer - Stöckl. Die weitere Vorgangsweise wird noch im Ausschuss BAU-RO-VUKW vorberaten. Außerdem verweist der Bürgermeister noch einmal darauf hin, dass heuer im Zuge der Sanierung des Gemeindeweges (Verbindung Dorfstraße zum Inn bei Hirner-Hintner) zwei Andockstationen für die Ableitung von Pumpwasser eventuell einzusetzender Großraumpumpen gebaut werden.
- e.) Sommerbetreuung:
Aus der Bevölkerung kommen vermehrt Fragen betreffend die Sommerbetreuung. Bisher gibt es diesbezüglich noch keine Vorgaben des Landes. Die Bedarfserhebung an die Eltern wird nächste Woche verschickt. Wie sich das Programm und die Abläufe gestalten, bleibt abzuwarten. Es kann durchaus sein, dass aufgrund der Vorgaben des Landes auch in der Sommerbetreuung kleinere Gruppengrößen und daher mehr Personal nötig sind. Deshalb kann noch nicht gesagt werden, wie sich die Kosten dafür entwickeln. Es stellt sich nun die Frage, ob die Kosten für die Eltern deshalb erhöht werden sollen (sind seit 2017 unverändert bei € 18,00 (Halbtag) bzw. € 30,00 (Ganztage), Essen etc. separat). **Der Gemeinderat spricht sich einstimmig dafür aus, die Preise in diesem Jahr gleich zu belassen.**
- f.) Sitzungsvorbereitung in Zukunft über das Sitzungsmanagementprogramm „SESSION“ (KUFGE) GR Gottfried Seiwald hat angeregt, dass die sonst bei der Gemeinderatssitzung verteilten Handouts bereits im Vorhinein per mail zugeschickt werden sollen. Der Bürgermeister erläutert, dass dies im Rahmen der Datenschutzbestimmungen und wo es Sinn macht, möglich ist. Die Amtsleiterin berichtet, dass bereits sehr viele Gemeinden ihren Mandataren einen Zugang zum Session Sitzungsmanagementprogramm geben, wo die Sitzungsunterlagen einsehbar sind. **Der Bürgermeister schlägt für die Zukunft diese Vorgangsweise vor, was vom Gemeinderat befürwortet wird.**
- g.) Öffentliche Kinderspielplätze der Gemeinde, Schwerpunkte
Die Ausstattung der öffentlichen Spielplätze ist in die Jahre gekommen. Beide Spielplätze – Siedlung und Kirchfeld – werden stark bespielt. Die kurzfristig umsetzbaren Wünsche der Eltern/Kinder wurden

nun realisiert (Sandkästen mit Beschattung, Müllkübel, Sitzbänke, Wasser). Die Mietverträge mit den Eigentümern wurden um weitere fünf Jahre verlängert. Nun stellt sich die Frage der Ausrichtung der Spielplätze nach den Bedürfnissen der jeweiligen Altersgruppen. Davon abhängig soll eine mittelfristige Planung für die Ausstattung mit Spielgeräten erfolgen. Neuanschaffungen müssen dabei so gewählt werden, dass möglichst wenig Instandhaltungsarbeiten für den Bauhof anfallen, und dass die neuen Spielgeräte auch an einem anderen Ort wieder einsetzbar sind (Neubau Schule/Kindergarten).

Der Bürgermeister delegiert die Beratung darüber an die Ausschüsse für Sport und Jugend und für Bildung und Familie. Die Obleute vereinbaren dazu einen Termin zur Vorberatung mit den zuständigen Sachbearbeitern im Gemeindeamt.

h.) Offene Jugendarbeit: Status

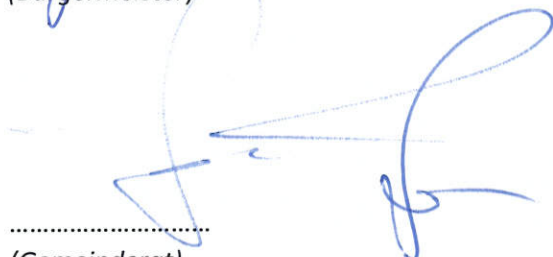
Die Offene Jugendarbeit hat coronabedingt mit 1.5.2020 gestartet und ist schon engagiert am Werk. In Zusammenarbeit zwischen der Jugendberatung Pojat und dem Verein komm!unity wurde ein Fragebogen für die Zielgruppe der 10 – 16jährigen ausgearbeitet, der dem Ausschuss für Jugend und Sport zur Durchsicht und Freigabe übermittelt wird. Der Fragebogen soll nächste Woche an die Jugendlichen ausgeschickt werden. Komm!unity wird mit von der Gemeinde definierten Schlüsselpersonen (Bgm., Ausschussobmann, Landjugend, FW-Kommandant, Polizei Kramsach etc.) Kontakt aufnehmen, um Rahmenbedingungen für die Jugendarbeit abstecken zu können. Aus den Ergebnissen der Fragebögen werden die Wünsche und Bedürfnisse der Jugendlichen ermittelt. Gleichzeitig kann durch die freiwillige Angabe von persönlichen Daten ein erster Kontakt zu den Jugendlichen hergestellt werden. Die beiden Jugendbetreuerinnen werden die Jugendlichen an ihren Treffpunkten im Dorf aufsuchen, um sie kennen zu lernen und über den neuen Jugendtreff zu informieren. Die Räumlichkeiten und alles Nötige stehen bereit.

Um 22:45 Uhr beendet der Bürgermeister nach Erschöpfung der Tagesordnung die Sitzung.

g. g. g. :


.....
(Bürgermeister)


.....
(Schriftführer)


.....
(Gemeinderat)


.....
(Gemeinderat)